

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **08.10.2015** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/029

Beginn öffentlicher Teil: 18:05 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:25 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:23 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:26 Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert	- ab TOP 2 -
Birgin, Gurbet	
Braun, Hartmut	
Brönnemann, Alfred	- entschuldigt -
Bublitz, Werner	
Dralle, Karl-Heinz	
Ehrhardt, Hans-Joachim	
Fleischmann, Michael	
Gersemann, Christiane	
Heldt, Gabriele	- bis TOP 2 -
Hinz, Gerald	
Hunze, Carl	
Kaever, Volkhard	- ab TOP 3 -
Kizilyel, Sükrü	
Knauer, Detlef	
Köneke, Klaus	
Kuyucu, Ahmet	
Leykum, Maria	
Meinig, Birgit	
Morich, Hans-Dieter	
Neitzel, Beate	
Obst, Wolfgang	
Peters, Kai	- entschuldigt -
Pilgrim, Adolf-W.	
Plaß, Barthold	
Rheinhardt, Michael	
Schrader, Karl-Ludwig	

Schulz, Kurt-Ulrich
von Oettingen, Gero
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Franke, Marius
Kugel, Michael
Lehmann, Robert

- bis Ende des öffentlichen
Teils -
- bis Ende des öffentlichen
Teils -

Pape, Petra

Philipps, Lutz
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Verzicht des Ratsmitglieds Gabriele Heldt auf ihre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0929
3. Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Herr Dr. Kaever
4. Genehmigungen der Protokolle über die Sitzungen des Rates vom 21.05.2015, 09.07.2015 und 16.07.2015
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 5.1. Mitteilung; Gefährdungsbeurteilung der Räumlichkeiten der Realschule
Vorlage: 2015 0935
6. Neubildung Verwaltungsausschuss und weiterer Fachausschüsse
Vorlage: 2015 0932
7. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2014
Vorlage: 2015 0916
8. Ersatz eines beratenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 2015 0961
9. Wahl der Schiedsperson und deren Vertretung
Vorlage: 2015 0878
10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 2015 0923
11. Überplanmäßige Auszahlung für Fenstersanierung Rathaus I
Vorlage: 2015 0919

12. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: 2015 0959
- 12.1. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: 2015 0959/1
13. Künftige Zügigkeit der Integrierten Gesamtschule Burgdorf
Vorlage: 2015 0924
14. Unterbringung von Asylbewerbern/-bewerberinnen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf;
Satzungsrecht
Vorlage: 2015 0956
15. Straßenbenennung im Gewerbepark Nordwest 2. Bauabschnitt
Bezugsvorlagen: 2010 0736 bis 2010 0736/2
Vorlage: 2015 0883
16. Änderungsbebauungsplan 0-71/5 "Burgdorf Nordwest" - Satzung
Bezugsvorlage: 2015 0861
Vorlage: 2015 0914
17. Stellungnahme zum Entwurf RROP 2015
hier: Vorranggebiete Windenergienutzung
Vorlage: 2015 0921
- 17.1. Stellungnahme zum Entwurf RROP 2015
hier: Vorranggebiete Windenergienutzung
Vorlage: 2015 0921/1
- 17.2. Stellungnahme zum Entwurf RROP 2015
hier: Vorranggebiete Windenergienutzung
Vorlage: 2015 0921/2
- 17.3. Stellungnahme zum Entwurf RROP 2015
hier: Vorranggebiete Windenergienutzung
Vorlage: 2015 0921/3
- 17.4. Anwohnerinteresse beim Ausbau der Windenergie berücksichtigen
- Antrag von Herrn Karl-Ludwig Schrader (FDP) vom 16.04.2015 -
Vorlage: 2015 0857
- 17.5. Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie
- Antrag der WGS-Fraktion vom 04.05.2015 -
Vorlage: 2015 0874
- 17.6. Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie
- Änderungsantrag zum Antrag vom 02.05.2015 -
Vorlage: 2015 0874/1
18. Antrag - Zebrastreifen im Bereich des Kreisels Nordwest (E-Center);
- Antrag der WGS-Fraktion vom 20.09.2015 -
Vorlage: 2015 0952
19. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 18.05 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er teilte mit, dass Herr Brönnemann und Herr Peters entschuldigt seien.

Herr Weinel informierte darüber, dass die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 17.2 Vorlage 2015 0921/2 Ergänzungsvorlage / Tischvorlage, 17.3 Vorlage 2015 0921/3 Ergänzungsvorlage / Tischvorlage (Empfehlung VA), 17.4 - Vorlage 2015 0857 Anwohnerinteresse beim Ausbau der Windenergie berücksichtigen (Antrag von Herrn Karl-Ludwig Schrader vom 16.04.2015), 17.5 Vorlage 2015 0874 Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie (Antrag der WGS-Fraktion vom 04.05.2015) und 17.6 Vorlage 2015 0874/1 Ergänzungsantrag der WGS / Tischvorlage erweitert werde. Diese Tagesordnungspunkte werden alle gemeinsam behandelt. Weitere Ergänzung sei der Tagesordnungspunkt 12.1 Vorlage 2015 0959/1 Ergänzungsvorlage / Tischvorlage.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Verzicht des Ratsmitglieds Gabriele Heldt auf ihre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf Vorlage: 2015 0929

Frau Heldt bedankte sich bei Rat und Verwaltung für die Zusammenarbeit der vergangenen Jahre.

Herr Baxmann dankte Frau Heldt für ihren Einsatz und überreichte ein Präsent.

Weitere Gratulationen folgten.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG wird festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes Gabriele Heldt im Rat der Stadt Burgdorf nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG vorliegen.

3. Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Herr Dr. Kaever

Herr Baxmann führte die Pflichtenbelehrung des neuen Ratsmitgliedes, Herrn Dr. Volkhard Kaever, durch.

4. Genehmigungen der Protokolle über die Sitzungen des Rates vom 21.05.2015, 09.07.2015 und 16.07.2015

Einstimmig fasste der Rat folgende

Beschlüsse:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 21.05.2015 wird mit der als Anlage 1 beigefügten Änderung beschlossen.

Das Protokoll der Ratssitzung vom 09.07.2015 wird genehmigt.

Einstimmig bei 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 16.07.2015 wird genehmigt.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

I Frau Vierke

I.1 Für die von Herrn von Oettingen initiierte Aktion „Drei Bäume für die Deutsche Einheit“ wurde der Pflanztermin für den 25.11.2015 um 11 Uhr in der Ortschaft Sorgensen vereinbart. Die Verwaltung hat zu diesem Termin auch den Bürgermeister der Stadt Calbe eingeladen.

**5.1. Mitteilung; Gefährdungsbeurteilung der Räumlichkeiten der Realschule
Vorlage: 2015 0935**

Auf das Verlesen der Anfrage und des Antwortschreibens der Stadt wurde aufgrund der Beratung im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport verzich-

tet.

Von der Vorlage 2015 0935 wurde Kenntnis genommen.

**6. Neubildung Verwaltungsausschuss und weiterer Fachausschüsse
Vorlage: 2015 0932**

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

A Die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses (Anlage 2 des Protokolls) wird festgestellt.

B Die Zusammensetzung der nachstehenden Fachausschüsse wird wie folgt festgestellt:

- 1. Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (Anlage 3 des Protokolls)**
- 2. Bauausschuss (Anlage 4 des Protokolls)**
- 3. Feuerwehrausschuss (Anlage 5 des Protokolls)**
- 4. Ausschuss für Umwelt und Verkehr (Anlage 6 des Protokolls)**
- 5. Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport (Anlage 7 des Protokolls)**
- 6. Jugendhilfeausschuss (Anlage 8 des Protokolls)**

C nur informativ:

Die WGS-Fraktion entsendet in den Präventionsrat Dr. Volkhart Kaever.

**7. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2014
Vorlage: 2015 0916**

Herr Baxmann, Herr Pilgrim und Herr Plaß nahmen während der Beratung und Abstimmung im Zuschauerraum Platz.

Herr Fleischmann führte aus, dass die Geldbeschaffung auf dem Kapitalmarkt für Kreditinstitute derzeit nahezu zinsfrei sei. Er kritisierte die Höhe des bei Girokonten erhobenen Zinssatzes für Dispokredite sowie den Überziehungszinssatz über diesen hinaus und forderte einen Zinssatz von höchstens 5 Prozent. Er werde gegen die Entlastungserteilung stimmen.

Herr Hinz erklärte, dass sowohl die aufsichtsrechtlichen Vorgaben als auch der Verbraucherschutz die Bedingungen für Sparkassen immer weiter erschweren. Demgegenüber stünden geringere Zinsmargen und steigende Kosten. Für die Kostendeckung sowie die Eigenkapitalentwicklung müssen Gewinne erwirtschaftet werden. **Herr Hinz** erinnerte daran, dass die Stadt immens von der Stadtsparkasse profitiere. Die Entlastungserteilung werde befürwortet.

Herr Zschoch informierte darüber, dass die CDU-Fraktion der Entlastung zu-

stimmen werde. Verwaltungsrat und Vorstand seien sehr engagiert. Die Sparkassen seien in einer schwierigen Situation. Er wies erneut auf die Förderungen durch die Stadtparkasse hin und sprach den Mitarbeitern/innen und dem Vorstand seinen herzlichen Dank für die hervorragende Arbeit aus.

Mit 27 Jastimmen und 1 Neinstimme fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2014 durch die Prüfungsstelle des Nieders. Sparkassen- und Giroverbandes Entlastung erteilt.

**8. Ersatz eines beratenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 2015 0961**

Herr Hunze war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag des Stadtkirchenausschusses wird Frau Heike Mübel als beratendes Mitglied gem. § 5 Abs. 1 Buchstabe c) der Satzung für das Jugendamt in den Jugendhilfeausschuss berufen.

**9. Wahl der Schiedsperson und deren Vertretung
Vorlage: 2015 0878**

Herr Baxmann dankte den Schiedspersonen im Namen der Stadt Burgdorf.

Herr Hunze war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf wählt gemäß § 4 des Niedersächsischen Gesetzes über gemeindliche Schiedsämtler Herrn Dieter Rohles zum Schiedsmann und Frau Vera Müller zur stellvertretenden Schiedsfrau für das Gebiet der Stadt Burgdorf.

Die Wahlzeit beträgt 5 Jahre.

**10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 2015 0923**

Herr Fleischmann erklärte, dass er die Vorlage ablehnen werde, da die Satzung Ungerechtigkeiten für Eigentümer von Hinterliegergrundstücken beinhaltet.

Mit 30 Jastimmen und 1 Neinstimme fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, die 2. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 12.12.2013 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2015 0923 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage A beigefügten) Fassung zu erlassen.

**11. Überplanmäßige Auszahlung für Fenstersanierung Rathaus I
Vorlage: 2015 0919**

Herr Schrader hinterfragte, ob ein Fenster auf der Rückseite des Rathauses I nicht saniert würde. Es sehe zumindest so aus.

Frau Vierke erläuterte, dass dieses Fenster mit dem letzten Bauabschnitt im nächsten Jahr saniert werde.

Herr Hinz war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt gem. § 117 Abs. 1 NKomVG i.V.m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 45.000,00 € bei dem Produktkonto 11102.787141 (Auszahlung für Fenstersanierung RH I) zu.

**12. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: 2015 0959**

Siehe Tagesordnungspunkt 12.1.

**12.1. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: 2015 0959/1**

Herr Hinz war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die folgenden Zuwendungen werden angenommen:

- **Geldzuwendung in Höhe von 500,00 € von der Stadtsparkasse Burgdorf für das Naturdenkmal „Bäume deutsche Einheit“,**
- **Geldzuwendung in Höhe von 300,00 € von der Stadtsparkasse Burgdorf für die Feuerwehr Weferlingsen (Aue Cup 2015),**
- **Geldzuwendung in Höhe von 100,00 € von der Stadtsparkasse**

Burgdorf für den Historischen Löschzug der Feuerwehr Burgdorf,

- Sachzuwendung in Höhe von 720,00 €. 4 Winther Foot Twister (groß) vom Freundeskreis der GHS I e. V. für die GHS I,
- Sachzuwendung in Höhe von bis zu 2.500,00 € vom Förderverein Bundesdeutscher Hilfsdienste e. V. für die KiTa Ramlingen-Ehlershausen.

**13. Künftige Zügigkeit der Integrierten Gesamtschule Burgdorf
Vorlage: 2015 0924**

Frau Gersemann führte aus, dass sich neue finanzielle Verpflichtungen ergäben. Burgdorf halte zwei starke Schulen des Sek-1 Bereiches vor. Die IGS und das Gymnasium haben unterschiedliche Profile und bieten ein vielfältiges Bildungsangebot. Für die Zukunft dieser beiden Schulformen bestehen keine Sorgen. Vor Monaten sei nicht absehbar gewesen, dass die 4-Zügigkeit übertroffen werde. Die Ergebnisse der Bedarfsabfrage wurden überholt. **Frau Gersemann** betonte, Zuzüge von Familien nach Burgdorf seien zu begrüßen. Sie erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass sich diese Entwicklung auch auf die Schülerzahlen sowie notwendige Krippen- und Kindergartenplätze auswirke. Die Zahl der Flüchtlingskinder und die Inklusion bedeuteten zusätzlich einen erhöhten Förderbedarf. Viel Arbeit und eine finanzielle Belastung werden auf die Stadt zukommen. Die Verwaltung müsse jetzt Vorschläge erarbeiten. Die SPD-Fraktion befürwortete, dass ein Anwahlverhalten von 55 % und eine Quote von 10 % an Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf angenommen werden sollen. **Frau Gersemann** warb im Namen der SPD-Fraktion um Zustimmung.

Herr Braun informierte darüber, dass die Abwanderung aus Burgdorf zu Schulen außerhalb Burgdorfs durch die Einrichtung der IGS nahezu zum Erliegen gekommen sei. Die Inklusion ermögliche zudem, dass Eltern ihre Kinder an einer Regelschule anmelden können. Auch die Flüchtlingssituation führe zu mehr Schüler/innen. Das Gymnasium werde sehr stark angewählt, erfahrungsgemäß blieben aber nicht alle Schüler/innen dort und gingen in der Folge beispielsweise auf eine IGS. **Herr Braun** erklärte, er nehme eine positive Aufbruchstimmung zur IGS wahr. Von einer 6-Zügigkeit müsse ausgegangen werden. Es werde finanzielle Folgen geben. Die Verwaltung müsse einen Vorschlag unterbreiten, ob es einen Neubau oder einen Anbau an den Bestand gebe.

Herr Zschoch teilte mit, dass die CDU den guten Start der IGS begrüße. Er dankte Herrn Alker und allen Beteiligten. Inhaltlich sei die CDU anderer Meinung gewesen. Man hätte von einer 6-Zügigkeit ausgehen sollen. Er kritisierte, dass die Finanzen immer ein Tabu-Thema gewesen seien. Weder investive noch die laufenden Betriebskosten wurden benannt. **Herr Zschoch** erklärte, dass die CDU die IGS zu einem Erfolg machen wolle und bot die konstruktive Mitarbeit an. Dafür forderte er konkrete Zahlen, um eine Entscheidung treffen zu können und die Auswirkungen zu kennen. Bemängelt werde unter anderem von den Elternvertretern ein fehlendes Konzept für die Schulen der Stadt. Er sprach sich für ein Gesamtkonzept und entsprechende Zahlen für eine verlässliche und solide Planung für die Folgejahre aus. Ein attraktiver Bildungsstandort sei für alle von großem Interesse und die zukünftige Ansiedlung junger Familien werde angestrebt.

Herr Obst erklärte, dass die Verwaltung ein Konzept entwickeln müsse, welches von der Politik zu beraten und zu beschließen sei. Ein Konzept sei allerdings auch nur eine Momentaufnahme z.B. im Hinblick auf die aktuelle Flüchtlingssituation. Die Entwicklung der Schülerzahlen und der Bedarf der 6-Zügigkeit zeige, dass die Einrichtung einer IGS der richtige Weg war. Er sprach Herrn Alker und seinem Team Dank aus. Die 6-Zügigkeit sei nicht vorhersehbar gewesen. **Herr Obst** sprach sich für den Standort Realschule aus, da hier auch Sportanlagen vorhanden seien, welche bei einem anderen/neuen Standort zusätzlich geschaffen werden müssten. Zukunftsorientierte Planungen seien erforderlich, die Schulen und Eltern müssen mitgenommen und einbezogen werden. Er wünschte eine gemeinsame Lösung und teilte mit, dass die WGS-Fraktion dem Anwahlverhalten von 55 % und der Quote für sonderpädagogischen Förderbedarf von 10 % zustimmen werde.

Herr Hinz führte aus, dass das frühzeitige Berechnen der finanziellen Auswirkungen durch die jetzt feststehende 6-Zügigkeit schon überholt gewesen wäre. Er erinnerte an die bisher aufgewendeten Gastschulgelder i.H.v. rd. 200.000 €/Jahr. Die jetzige Entwicklung zeige, dass diese Schulform gewollt sei. **Herr Hinz** sprach sich dafür aus, die Herausforderung der 6-Zügigkeit gemeinsam anzupacken.

Herr Hunze stellte fest, dass man von Anfang an von einer 6-Zügigkeit ausgehen konnte, da die Hauptschule 1-zügig und die Realschule 4-zügig betrieben werde. Er kritisierte den Schulabriss der Gudrun-Pausewang-Grundschule, da man die Räume jetzt ggfs. nutzen könne.

Herr Baxmann erinnerte daran, dass im Zuge der Diskussionen um die IGS bereits die 4-Zügigkeit als überzogen in Frage gestellt worden sei.

Herr Zschoch erklärte, dass er sich an derartige Zweifel nicht erinnern könne. Aufgrund der 1-zügigen Hauptschule und der 4-zügigen Realschule hätte man nicht an der 4-Zügigkeit zweifeln können. Zusätzlich wies er auf die Schüler/innen auswärtiger Schulen hin, die dann in Burgdorf blieben. Bei den eingesparten Gastschulgeldern stellte er in Frage, ob der Betrag von 200.000 € ausreiche, um neben den Zinsen die Tilgung von Schulden für einen möglichen IGS-Neubau zu finanzieren. Er wiederholte die Forderung nach Fakten, um auf einer gesunden Basis entscheiden zu können.

Herr Köneke erinnerte daran, dass aus der durchgeführten Abfrage nicht hervorgegangen sei, dass zwei Schulformen, die Hauptschule und die Realschule, geschlossen werden. Aufgrund der derzeit vorliegenden Anmeldung für die IGS sei gerade die 5-Zügigkeit erreicht. Nach den vorliegenden Zahlen sehe er keine 6-Zügigkeit.

Mit 28 Jastimmen, 1 Neinstimme und 2 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Zur Ermittlung der voraussichtlichen künftigen Zügigkeit der Integrierten Gesamtschule Burgdorf wird ein Anwahlverhalten von 55 % angenommen. Zudem wird eine Quote von 10 % an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf je Jahrgang angenommen.**

2. Die sich aus Anwendung der in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages festgelegten Parameter ergebende Zügigkeit ist Grundlage für eine von der Verwaltung aufzustellende Raumplanung für die Integrierte Gesamtschule Burgdorf.
3. Das Raumprogramm wird den Gremien (Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport sowie Verwaltungsausschuss) zur Beschlussfassung vorgelegt.

**14. Unterbringung von Asylbewerbern/-bewerberinnen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf;
Satzungsrecht
Vorlage: 2015 0956**

Herr Weinel teilte mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, § 4 Abs. 3 der Satzung über die Unterbringung von Asylbewerbern/-bewerberinnen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf wie folgt zu formulieren: „Jegliche Geräusch- und Lärmentwicklung ist auf das absolut notwendige Maß zu beschränken, insbesondere in der Zeit zwischen 22.00 Uhr und 7.00 Uhr.“

Herr Morich äußerte sich zuversichtlich, dass Burgdorf die Herausforderungen der Unterbringung von Flüchtlingen leisten könne.

Herr Fleischmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat mit der vorgenannten Änderung folgenden

Beschluss:

a) Die dieser Vorlage und dem Originalprotokoll als **Anlage B** beigefügte ‚Satzung über die Unterbringung von Asylbewerbern/-bewerberinnen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf‘ wird beschlossen.

b) Von der dem Originalprotokoll als **Anlage 9** beigefügten Kalkulation der Gebühren für die Benutzung von Unterkünften für Asylbewerber/-bewerberinnen und Flüchtlinge in der Stadt Burgdorf wird Kenntnis genommen.

c) Die dieser Vorlage und dem Originalprotokoll als **Anlage C** beigefügte ‚Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Unterkünften für Asylbewerber/-bewerberinnen und Flüchtlinge in der Stadt Burgdorf‘ wird beschlossen.

**15. Straßenbenennung im Gewerbepark Nordwest 2. Bauabschnitt
Bezugsvorlagen: 2010 0736 bis 2010 0736/2
Vorlage: 2015 0883**

Herr Fleischmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die weiterführenden Planstraßen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 0-78/1 „Gewerbepark Nordwest 2. Abschnitt“ erhalten folgende Namen:

Planstraße A2/3: „Lise-Meitner-Straße“

Planstraße B2/3: „Otto-Hahn-Straße“

- 16. Änderungsbebauungsplan 0-71/5 "Burgdorf Nordwest" - Satzung
Bezugsvorlage: 2015 0861
Vorlage: 2015 0914**
-

Herr Fleischmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

A) Von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren

- der in der Zeit vom 01.06.2015 bis zum 01.07.2015 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie
- der Behördenbeteiligung durch das Schreiben vom 20.05.2015 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB,

wird Kenntnis genommen. Die in der Begründung beschriebenen Abwägungsvorgänge werden beschlossen.

B) Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren wird der Bebauungsplan Nr. 0-71/5 „Burgdorf Nordwest“ in der Fassung vom 14.07.2015 als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan wird die Begründung in der Fassung vom 14.07.2015 beigefügt.

- 17. Stellungnahme zum Entwurf RROP 2015
hier: Vorranggebiete Windenergienutzung
Vorlage: 2015 0921**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 17.6.

- 17.1. Stellungnahme zum Entwurf RROP 2015
hier: Vorranggebiete Windenergienutzung
Vorlage: 2015 0921/1**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 17.6.

- 17.2. Stellungnahme zum Entwurf RROP 2015
hier: Vorranggebiete Windenergienutzung
Vorlage: 2015 0921/2**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 17.6.

- 17.3. Stellungnahme zum Entwurf RROP 2015
hier: Vorranggebiete Windenergienutzung
Vorlage: 2015 0921/3**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 17.6.

- 17.4. Anwohnerinteresse beim Ausbau der Windenergie berücksichtigen
- Antrag von Herrn Karl-Ludwig Schrader (FDP) vom 16.04.2015 -
Vorlage: 2015 0857**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 17.6.

- 17.5. Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie
- Antrag der WGS-Fraktion vom 04.05.2015 -
Vorlage: 2015 0874**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 17.6.

- 17.6. Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie
- Änderungsantrag zum Antrag vom 02.05.2015 -
Vorlage: 2015 0874/1**
-

Die Tagesordnungspunkte 17, 17.1, 17.2, 17.3, 17.4, 17.5 und 17.6 wurden gemeinsam behandelt.

Herr Baxmann stellte fest, dass die wesentlichen Inhalte der Anträge von der FDP und der WGS in die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses eingeflossen seien.

Herr Schulz dankte Herrn Lehmann und seinen Mitarbeitern/innen. Sonne und Wind seien die idealen Voraussetzungen für Ökostrom. Er informierte darüber, dass die Anträge der WGS und der FDP auf den Schutz der Menschen abzielten. Abweichend von der Forderung nach einem Mindestabstand der 10-fachen Nabenhöhe zur Wohnbebauung sei nunmehr als Kompromiss ein Mindestabstand von 1.000 m festgelegt. Im Otzer Bruch schei-

nen große Flächen für Windkraftanlagen geeignet zu sein, die derzeit als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sind. Er erklärte, dass von anderen potenziellen Flächen aufgrund des Artenschutzes Abstand genommen und dafür der Otzer Bruch favorisiert werde. **Herr Schulz** sprach sich für Windenergie an der richtigen Stelle aus und dankte den anderen Fraktionen für die Kompromissbereitschaft.

Herr Fleischmann betonte, dass die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses gar nicht schlecht sei. Die Stadt setze sich bei der Region dafür ein, dass die Flächen Hülptingsen, Dachtmissen und die Fläche östlich von Schillerslage in Richtung Otze entfallen sollen. Dieses halte er für sinnvoll. Allerdings habe er sich einen größeren Abstand zur Wohnbebauung von 2 km gewünscht. Er kritisierte, dass die Gefahren durch Infraschall von der Region nicht ernst genommen würden. Infraschall von Windkraftanlagen sei ab einer Entfernung von 700 m nicht mehr vom allgemeinen Umgebungsinfraschall zu unterscheiden. Es komme aber auf den Ort der Messung an, da der Körper Infraschall wahrnehme. **Herr Fleischmann** verwies auf eine Studie der TH Braunschweig und erinnerte an Forschungsergebnisse aus Dänemark. Er werde sich bei der Abstimmung über die Vorlage enthalten. **Herr Fleischmann** informierte darüber, dass er in der Regionsversammlung für die Burgdorfer Interessen kämpfen werde.

Herr Schrader wies darauf hin, dass sein Antrag bereits 4-5 Monate alt sei. Der Antrag habe auf Landesebene eine Änderung des Windkraftherlasses mit dem Ziel der Erwirkung der Länderöffnungsklausel angestrebt. Gefordert worden sei als Mindestabstand die 10-fache Nabenhöhe, etwa 1.400 m. Der Mindestabstand von 1.000 m werde aber mitgetragen. Herr Schrader betonte, dass der FDP der uneingeschränkte Erhalt des Segelflugplatzes sehr wichtig sei. Die Beschlüsse werden mitgetragen.

Herr Rheinhardt informierte darüber, dass die SPD zur Energiewende stehe und die Nutzung der Windenergie ein Teil davon sei. Bundes- und Länderregierungen hätten sich ehrgeizige Ziele gesetzt, die auch in Burgdorf umzusetzen seien. Dem trage die Region Hannover durch Aufstellung des neuen RROP Rechnung. Er erinnerte daran, dass eine Verhinderungsplanung unzulässig sei. Ohne eine entsprechende rechtswirksame Bauleitplanung bestehe die Gefahr des Wildwuchses von Windkraftanlagen. Ziel sei es gewesen, eine Planung rechtssicher und frühzeitig zu betreiben. Mit guten Argumenten sollten Vor- und Nachteile abgewogen und Schlüsse daraus abgeleitet werden. Alle Bedenken und Hinweise aus der Bevölkerung seien in die Planungen einbezogen worden. Die Mehrheitsgruppe sei sich nicht in allen Punkten einig, dementsprechend werde es weitere Wortmeldungen dazu geben. Der Dank gelte der Verwaltung und insbesondere Frau Behncke für die hervorragende Begleitung bei diesem Prozess.

Herr Braun teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht einheitlich abstimmen werde. Er bemängelte die schlechte Vorbereitung der Energiewende durch die große Koalition und nannte als Beispiel mangelnde Speicherkapazitäten. Landschafts-, Menschen- und Vogelschutz seien wichtig. Gefahren wie der bereits angesprochene Infraschall seien zu berücksichtigen. Der Mindestabstand von 1.000 m zur Wohnbebauung sei ein annehmbarer Kompromiss, dem er zustimmen werde. **Herr Braun** beantragte die Abstimmung über die einzelnen Punkte der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses.

Herr Knauer informierte darüber, dass Frau Heller und er teilweise nicht zustimmen werden. Er erinnerte an den Wählerauftrag nach der Kommu-

nalwahl 2011, die Energiewende vor Ort zu unterstützen. Er warb dafür, dass mehr Flächen zur Diskussion gestellt werden und äußerte die Annahme, dass die Region sich nicht auf die Hereinnahme der Fläche im Otzer Bruch einlassen werde. Die Bedenken der Bürger/innen seien ernst genommen worden. Der Mindestabstand von 1.000 m sei bereits ein Kompromiss.

Herr Plaß führte aus, dass ein fast einheitlich getragener Kompromiss gefunden worden sei und dankte den Mitarbeiter/innen der Verwaltung für die hervorragende Arbeit. Die CDU werde den Mindestabstand von 1.000 m einheitlich mittragen. Diese Empfehlung werde an die Region gehen, welche sich dazu äußern und im Endeffekt beschließen werde. Der geforderte Anteil von 1,2 bzw. 1,4 % der Gesamtfläche der Stadt Burgdorf werde erreicht, wenn die Fläche des Otzer Bruchs berücksichtigt werde. In diesem Sinne werde die CDU-Fraktion den vorliegenden Kompromiss mittragen.

Herr Hunze begrüßte, dass der Vorschlag des Ortsrates Otze zur Umsetzung komme. Er erinnerte daran, dass man sich nicht gegen Windenergie ausgesprochen habe, sondern sich Gedanken gemacht habe, wo diese angesiedelt werden könne. Dieser Beschluss könne auch aus Sicht von Otze mitgetragen werden. Die Fläche des Otzer Bruchs sei so groß, dass alle anderen Ortschaften keine weiteren Flächen anbieten müssten.

Herr Bublitz informierte darüber, dass er nicht allen Punkten zustimmen werde.

Herr Weinel ließ über die Aufnahme in die Stellungnahme einzeln abstimmen.

Der Rat der Stadt Burgdorf beauftragt die Verwaltung, in die Stellungnahme zum Entwurf des regionalen Raumordnungsprogramms 2015 folgende politischen Forderungen aufzunehmen:

Einstimmig bei einer Enthaltung:

- 1. Der Abstand von Konzentrationsflächen für die Windenergie soll bei allen Konzentrationsflächen für Windenergie mindestens 1.000m zu Wohngebieten betragen.**

Einstimmig:

- 2. Die Fläche A (Ehlershausen) soll nicht verkleinert werden, sondern die Prüfung des Artenschutzes im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz erfolgen und die Höhenbegrenzung soll unter Abstimmung mit dem Luftsportverein Ehlershausen und der zuständigen Behörde für die Luftfahrt möglichst kleinflächig ausgewiesen oder auf die Genehmigungsebene verlagert werden.**

Einstimmig:

- 3. Die Fläche B (Schillerslage/Otze - westlich der B3) soll als Potenzialfläche für die Windenergie ausgewiesen werden und für ein Repowering zur Verfügung stehen.**

Mit 27 Jastimmen, 3 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

4. Die Fläche C (Schillerslage/Otze – östlich der B3) soll entfallen.

Einstimmig:

5. Die Fläche D (Schillerslage/Otze – Richtung Ramlingen) entfällt aufgrund der Forderung nach 1.000m Abstand zu Wohngebieten.

Einstimmig:

6. Die Fläche E (Immenser Straße) soll (weiterhin) entfallen.

Mit 30 Jastimmen und 1 Neinstimme:

7. Die Fläche F (Hülptingsen) soll entfallen.

Mit 26 Jastimmen, 3 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

8. Die Fläche G (Dachmissen) soll entfallen.

Einstimmig:

9. Die Fläche H (Südöstlich Flaator) soll von der Region Hannover weiter verfolgt werden, indem die Artenschutzbelange im Genehmigungsverfahren abgeprüft werden sollen.

Einstimmig:

10. Die Fläche im Otzer Bruch soll von der Region Hannover aus dem Landschaftsschutz gelöscht und als Potenzialfläche für die Windenergie festgelegt werden. Zudem soll die Fläche bei der Flächenbilanz für die Windenergie angerechnet werden.

18. **Antrag - Zebrastreifen im Bereich des Kreisels Nordwest (E-Center);
- Antrag der WGS-Fraktion vom 20.09.2015 -
Vorlage: 2015 0952**
-

Herr Schulz begründete den Antrag der WGS-Fraktion und beantragte die Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr sowie den Verwaltungsausschuss.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag der WGS-Fraktion wird in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr sowie den Verwaltungsausschuss überwiesen.

19. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind als Anlage 10 dem Protokoll beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer